



An die Vorsitzende des Rates
Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 27.10.2017

AN/1565/2017

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	14.11.2017

Chancen für Zündorf-Süd endlich nutzen!

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln bittet Sie, folgenden Antrag in die Geschäftsordnung des Rates am 14.11.2017 aufzunehmen:

Beschluss:

1. Der Rat unterstreicht die dringende Notwendigkeit, in der wachsenden Stadt für ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Daher müssen Wohnungsbau-Potentialgebiete mit Hochdruck entwickelt werden.
2. Der Rat bekräftigt die Notwendigkeit der Entwicklung des Potentialgebiets „Zündorf-Süd“. Die Schaffung von Wohnungsbau muss dabei parallel mit der Schaffung der notwendigen ÖPNV-Infrastruktur (Verlängerung der Stadtbahn-Linie 7) und übrigen verkehrlichen Infrastruktur (z.B. Entlastungsstraße Zündorf mit Anbindung an die A59) erfolgen. Es muss sichergestellt sein, dass das neue Wohngebiet von Anfang an für die Bewohnerinnen und Bewohner verkehrlich ausreichend erschlossen ist. Die dafür erforderlichen Prozesse und Verfahren (inkl. Gutachten zur Umweltverträglichkeitsprüfung) sind wieder aufzunehmen und mit Hochdruck fortzuführen.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, zur Beschleunigung der Prozesse mit den Fördergebern auf Bundes- und Landesebene abzustimmen, ob eine förderunschädliche Vorfinanzierung der Maßnahmen zur Verlängerung der Linie 7 (Stadt Köln und/oder Kölner Verkehrs-Betriebe) möglich ist. Parallel sind die Bedingungen für eine Eigenfinanzierung darzustellen.
4. Der Rat beauftragt die Verwaltung, bis zur jeweils nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses, des Stadtentwicklungsausschusses und der Bezirksvertretung Porz den aktuellen Stand zur Entwicklung von Zündorf-Süd darzustellen. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, bis zur jeweils ersten

Sitzung von Verkehrsausschuss, Stadtentwicklungsausschuss und der Bezirksvertretung Porz im Jahr 2018 einen Zeit-/Maßnahmenplan (inkl. Beteiligung der Öffentlichkeit) zur städtebaulichen und verkehrlichen Entwicklung von Zündorf-Süd vorzulegen.

Begründung:

Köln ist eine wachsende Stadt. Bis zum Jahr 2019 werden fast 30.000 und bis zum Jahr 2029 nahezu 66.000 neue Wohnungen benötigt. Die Knappheit an Wohnungen führt zu dem derzeitigen sehr angespannten Wohnungsmarkt mit steigenden Mieten und Immobilienpreisen. Auch wegen der Situation auf dem Wohnungsmarkt wird für Köln eine Spaltung der Stadt konstatiert (KStA v. 22.10.2017). Die Schaffung von neuen Wohnungen, die in Köln weiterhin viel zu langsam erfolgt, ist das erste Mittel zur Linderung der Wohnungsnot.

Die wenigen Potenzialflächen für den Wohnungsbau wie z.B. Zündorf-Süd müssen daher zügig entwickelt werden. Bereits mit Ratsbeschluss vom 30.04.2013 ist die Verwaltung beauftragt worden, alle notwendigen Schritte zur Verlängerung der Linie 7 bis zur Ranzeler Straße in Zündorf-Süd einzuleiten. Dies betrifft sowohl das notwendige Planungsrecht nach dem Personenbeförderungsgesetz als auch die Finanzierung dieser Maßnahme. Ebenso sollte das Bebauungsplanverfahren zur Wohnungsbauentwicklung eingeleitet werden.

Seitdem hemmen sich das stadtplanerische Werkstattverfahren und die Untersuchungen zu den verkehrlichen Infrastrukturen gegenseitig. Ein Nacheinander ist jedoch nicht mehr zeitgemäß. Parallele Prozesse sind erforderlich, wenn wir die Probleme in Köln lösen wollen.

Zur Beschleunigung der Prozesse ist zu prüfen und darzustellen, ob die Verlängerung der Linie 7 im Vorgriff auf zu akquirierende Fördermittel vorfinanziert oder aus eigenen städtischen Mitteln finanziert werden kann und muss. Mit den Fördergebern Land NRW und Bund sind Verfahren zu klären, um die förderrechtlichen Rahmenbedingungen zukunftsfähig zu gestalten. Diese sind insbesondere an die Anforderungen von schnell wachsenden Großstädten anzupassen. Die weiteren stadtplanerischen und verkehrlichen Planungen sind in einem Zeit-/Maßnahmenkatalog darzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin